

Die Freie Presse

Vundeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 216 Nr. 180

Bezugspreis: monatlich 4 000.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhandlungen und alle Buchhandlungen entgegen. — Höhere Gewichte mindert den Betrag von Subskriptionen. —
Halle-Saale **Anzeigenpreis:** Die Spaltenbreite 34 mm bezw. 32 mm—Anzahlzeile 200.— A. Kleinzeilen 200.— A. Familienanzeigen 80.— A. Die Spaltenbreite 30 mm bezw. 28 mm—Anzahlzeile 600.— A. Nebenamt. Conto. Erlaubnisse 500.—
Verlagspreis: monatlich 4 000.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhandlungen und alle Buchhandlungen entgegen. — Höhere Gewichte mindert den Betrag von Subskriptionen. —
Halle-Saale **Anzeigenpreis:** Die Spaltenbreite 34 mm bezw. 32 mm—Anzahlzeile 200.— A. Kleinzeilen 200.— A. Familienanzeigen 80.— A. Die Spaltenbreite 30 mm bezw. 28 mm—Anzahlzeile 600.— A. Nebenamt. Conto. Erlaubnisse 500.—
Verlagspreis: monatlich 4 000.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhandlungen und alle Buchhandlungen entgegen. — Höhere Gewichte mindert den Betrag von Subskriptionen. —

Verlagspreis: monatlich 4 000.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhandlungen und alle Buchhandlungen entgegen. — Höhere Gewichte mindert den Betrag von Subskriptionen. —
Halle-Saale **Anzeigenpreis:** Die Spaltenbreite 34 mm bezw. 32 mm—Anzahlzeile 200.— A. Kleinzeilen 200.— A. Familienanzeigen 80.— A. Die Spaltenbreite 30 mm bezw. 28 mm—Anzahlzeile 600.— A. Nebenamt. Conto. Erlaubnisse 500.—
Verlagspreis: monatlich 4 000.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhandlungen und alle Buchhandlungen entgegen. — Höhere Gewichte mindert den Betrag von Subskriptionen. —

Der letzte Tag der Aussprache

Annahme des Etats des Außenministers

(Eigener Drahtbericht.)
w. Berlin, 18. April, 2 Uhr nachmittags.
Präsident Loebe spricht bei Eröffnung der Sitzung den Wunsch aus, daß der gestern abend durch ein Unwetter umgefallene Abgeordnete bei den Folgen seines Unfalls genesen möge. Die Rede zum Betriebsbericht, wonach die Geschäftsbildung bei Entlassungen der Gehaltentwertung angepaßt werden soll, wird debattiert in allen drei Lesungen angenommen. Sodann wird die Kreisberatung fortgesetzt.

Staatssekretär Freiherr von Malchow gibt hierauf folgende Erklärung
ab:
Das Rheinlandskommissariat, das sowohl mit dem Fürsten Haefel, wie unter seinem Vorgänger, Herrn von Starb, eine außerordentlich verbienliche Tätigkeit im Interesse der bedrängten rheinischen Bevölkerung entwickelt hat, wurde von Anfang an von den französischen Kommissariatsmitgliedern und dem kleinen Ausschuss der rheinischen Separatisten als ein nützlichem Glied empfunden. Die internationalisierte Rheinlandkommission, die neben dem französischen Vorkomitee auch aus Vertretern anderer Mächte besteht, hat sich zum Wert-

zeug dieser Bestrebungen gemacht. Die Unterdrückung der rheinischen Presse, die Beschlagnahme sämtlicher oberster Verwaltungsbehörden des französischen besetzten Okkupationsgebietes, die Ausweisung von acht Reichstags- und Landtagsabgeordneten, zeigen überdeutlich, daß die Okkupationsbehörden nicht durch unteilnahme Anstöße getrieben sein müßten, welche die Besetzten mit der Bekämpfung der unterdrückten Bevölkerung bekannt machen könnten.
Was die Frage nach der Stellung der Regierung zur Verwendung französischer und belgischer Offiziere in der internationalisierten Militärkommission anlangt, so müßte doch hohe Haus glauben, daß die Regierung das Bestehen, aus dem heraus sich Interpellation entziehen ist, würdigt und achtet. Der sich vergebens bemüht, was unseren Standorten im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden angesetzt wird, muß verstehen, mit welchen Empfindungen wir jene Offiziere im verletzten Deutschland bei Ausübung ihrer internationalen Rolle sehen. Scherten Sie der Regierung das Vertrauen, daß sie auch in dieser schmerzhaften Angelegenheit bemüht ist, mit den Forderungen eines untergeordneten Vertrages die miteinander schreibenden Pflichten gegen das Gleichgewicht dieses Rufes zu verhandeln.

Für eilige Leser

Die Kasse hat angeordnet, daß im Ruhrgebiet bei Nichtzahlung der Kohlensteuern nicht nur die Waren, sondern auch die Maschinen beschlagnahmt werden sollen.
Im besetzten Gebiet werden alle Gefährte mit Kohle beschlagnahmt. — Die Besatzwerke bei Mannheim sind gestern mittag von den Franzosen wieder geräumt worden.
Kattrop ist infolge der Besetzung ohne Licht. Die Franzosen haben als Repressalie eine schiffliche Verfahrungsperre angeordnet, die sehr streng gehandhabt wird.
Sofortausstrahlung erzwungen in Duisburg durch Gewalt die Besetzung von 6 Millionen Mark M. X. S. Scheine dadurch, daß sie diese Scheine hingeben und den Gegenwert raubten.
Eine französische interministerielle Kommission beschloß die Beschlagnahme und die Ausbeutung deutscher Patente.
In Wülheim kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kriminalpolizei und Arbeitlosen. Es wies ein Later, 2 Schwere, und 15 Verletzte gemeldet.
Im Reichstag wurde der Etat des Außenministeriums angenommen, nachdem nach u. die Abg. Deffertich und Reichel über den Etat gesprochen hatten. Ein Vertreter der Regierung gab eine Erklärung zu der Ausweisung des Fürsten Haefel durch die Rheinlandkommission ab.
In der englischen Presse wird der Rede Stresemanns große Bedeutung geschenkt und als interessanter Beitrag zur Reichstagsausprache über die Rede Kolbenberg aufgefaßt.
Der Lanstag verhandelte weiter über den Haushalt des Reichsaussenministers.
Aus Oberschlesien werden neue schwere Deutschenmishandlungen gemeldet. Zwei der misshandelten Deutschen liegen im Sterben.
Lord Curzon ist nach London zurückgekehrt.
Die bulgarische Regierung bereitet einen Gegenentwurf vor, der sie zur Entziehung von Kommunalen schiedrigen Gütern ermächtigt.
Der ehemalige Sultan hat eine Proklamation erlassen, in der er sich sehr scharf gegen die Angarrepublik wendet.
Das von Jünntruppen besetzte Antan ist von Belingruppen angegriffen worden. Es wird sehr lebhaft um den Besitz der Stadt gekämpft.
Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof über die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei findet am Donnerstag, den 26. April, statt.
Die bayerische Regierung lehnt es ab Staatsbürgerschaft, die Schlichte des Staatsgerichtshofes auszuführen.
Der Schriftleiter Gardt des Reichsvölkischen Reichsanzeigers erklärt, er werde an seinen Fall nach Leipzig gehen, wohl sich aber jedem bayerischen Gerichte stellen.
Die Stadt Rioabamba und ihre Umgebung ist durch den Ausbruch des Vulkanes Tanagera mit einer Schicht Asche und Staub bedeckt.

Abg. Dr. Deffertich (Deutschland):
Der Reichstag hat die Resolution der Regierung nicht nur durch dieses Haus, sondern durch das ganze deutsche Volk. Wir leiden unter dem Druck der Waffenlosigkeit inmitten einer waffenstarken Welt. Unsere Waffenlosigkeit hat sich als die größte Schwäche der Franzosen erwiesen. Was an sich ist, daß mit Gewalt von Deutschland alles zu erreichen sei. Das jetzt im Ruhrgebiet gezeigte Bild, daß ein waffenloses deutsches Volk nicht wehrlos ist, hat Frankreich und die Welt überrascht. Das ist das große Merkmal unserer politischen Überlegenheit. Das ist die große Wendung, die durch nichts in der Welt mehr umgekehrt werden darf. (Beifall rechts). Das ganze deutsche Volk ist endlich darin einig, daß der positive Widerstand ausgesetzt werden muß, bis die Verträge der französischen Gewaltpolitik gestoppt sind.
Auch wir wollen Aktivität, nicht Passivität. Durch alles, was in der Welt den Eindruck von einer Schwächung der deutschen Widerstandskraft aufkommen läßt, wird die wirtschaftliche Aktivität gehindert. Wir erwarten von der Reichsversammlung mit ihrem Votum der neuen Steigerung des Deutscher Prestiges entgegen. Es ist feilscht und auch von maßgebenden ausländischen Politikern ausgeht, daß der Reichstag Vertrag unter Druck der feindlichen Jäger Willens an Deutschland abgeschlossen worden ist, haben wir ein Anrecht auf Gegenung und Widerergänzung. (Beifall rechts). Wir erwarten von der Reichsversammlung die 15jährige Weisung des Rheinlandes nur durch die Unterzeichnung der Weisung entgegen, daß die Weisungen sollen nicht mehr als 250 Millionen jährlich überlegen dürfen. Deutschland hat sich die Weisung dieser Weisung lieber selber stellen lassen. Deshalb muß Weisung einer Reichsversammlung sein, daß nicht nur im Ruhrgebiet der Status quo ante wieder eingeführt wird, sondern daß auch diese von Weimar unterzeichnete Bestimmung durchgeführt wird. Eine Befreiung von den unbilligen Belastungen ist kein Reparationsverzicht.
Ein Angebot im Sinne der Sozialdemokraten würde draußen den Eindruck erwecken, als sei der deutsche Widerstandswille und die Widerstandskraft erschöpft. Lediglich bei dieser sozialdemokratischen Forderung auch bei einer Partei Zustimmung gefunden. Es war Leben und Freiheit des deutschen 60-Millionen-Volkes stärker sind als Geld und Macht, so wahr muß uns in diesem Kriege der Sieg sein. (Beifall rechts).

Abg. Dr. Reichel (Soz.): Die Rede des Außenministers bedarf einer weiteren Klarstellung. Beispielsweise sehen die Demokraten in ihr ein formelles Angebot. Weder gibt der Freundlicher Ausdruck, daß jetzt alle Parteien des Hauses, einschließlich des Herrn von Graf, einig sind in der Fortsetzung des passiven Widerstandes und von der Idee eines aktiven Kampfes abgesehen sind. Er begrüßt dies ebenso wie der Minister. Als er in London davon gesprochen habe, daß die Räumung des Ruhrgebietes nicht die Voraussetzung für Verhandlungen sein dürfe, sei er des Reichsaussenministers beifällig worden. Er freue sich, mit dieser Ansicht sich heute in so guter Gesellschaft zu befinden. (?) Auch mit der Ansicht des Reichsaussenministers Dr. Fischer, daß die Erhaltungspolitik weiterhin solle. Das ist ein positives Angebot, das die Ministerien betonen. Auch die Ruhrbergleute hätten die gleiche Forderung gestellt.
Seine Rede habe nicht das Gezielte, eine Frucht zu erzielen, und wie er das nachsage, läge heute genau so, wie er vor drei Wochen gelegen habe. Die Sozialdemokraten haben keine Lust, diese Regierungen zu unterstützen, aber sie halten die Voraussetzung für eine Arbeiterregierung mit oder ohne Kommunisten noch nicht für gegeben. Mit der jetzigen Regierung sei seine Rede weder verhandelt noch verhandelt, wünsche aber trotzdem, daß sie im Sinne des Hauses und den unter ihrer Verantwortlichkeit begonnenen Aufbauplan zu Ende bringe.
Er frage die Regierung, ob England tatsächlich ein bestimmtes Angebot gemacht habe. Er sehe im Gegensatz zu den Demokraten aus der Rede des Ministers kein formelles Angebot. Sollte es doch so gemeint sein, dann wäre eine Formulierung in einer offiziellen Note zu wünschen.

Am Morgen sei Bonarroti nach Frankreich. Es gäbe in Frankreich ein Volk, das etwas anders denken würde. Bonarroti der jüngste Repräsentant von Bonaparte la Croix, nach dem Weg des englischen Anteils, 35—36 Milliarden von uns. Er sagt uns, daß dieser Plan für uns annehmbar sei. Aber es sei ein selbstmörderischer Plan, von dem auch unsere Regierung ausgeschlossen könnte.
Seine Rede fordert energisches Eingreifen gegen den kapitalistischen Mißbrauch der Marktabstufung und der Rückhilfe und hält eine Reparation ohne Erschöpfung der Sachwerte für unmöglich. Wir sind so wenig wie eine andere Partei dafür zu haben, daß ein Hauptteil rheinischer oder westfälischer Boden an Frankreich abgetreten oder in Form einer Internationalisierung von Deutschen abgetrennt wird. Die Rheinländer sind und bleiben Deutsche. Wir lehnen jede Veräußerung unseres Vaterlandes ab, aber wir wollen die internationale Verhandlung und vor allem die deutsch-französische Verhandlung über die Bildung des von Herrn Dr. Stresemann gewünschten deutsch-französischen Montantrumpfs. Ein positives deutsches Angebot der jetzigen Regierung müsse nicht aus ein Zeichen der Schwäche, sondern als ein Zeichen der Stärke (?) angesehen werden. (Beifall bei den Sozialisten).

Abg. Dr. Bauer (Ztr.): Seit der Rede des Ministers hat die Lage eine Versärfung erfahren. Wir danken den meinen Freunden, die Deutschland in der Welt hat, besonders dem Papst für seine warme Anteilnahme an dem Schicksal der Ruhrbevölkerung. Ein Vertreter der weitaus größten Partei im besetzten Gebiet müßte aus Erklärungen über die Meinungen gegen das Wort von der Neutralisierung der Rheinlande ein unüberwindliches Vertrauen haben. Wir kennen nämlich die Vorgeschichte dieser Bestrebungen. Frankreich hat kurz vor der russischen Revolution mit dem Jaren vereinbart, daß im Falle des Krieges die Rheinlande an Frankreich fallen sollen. Dieses Ziel ist bei den Vorbereitungen des Berliner Vertrages unendlich weiter verfolgt worden. Später hat man die französische Bevölkerung systematisch über die wahre Stimmung der rheinischen Bevölkerung getäuscht. Männer wie Dorn und Emeis sind nicht Vertreter dieser Stimmung. Reueingicht scheint man auch in Paris eingeschlossen zu haben, daß mit diesen traurigen Figuren keine Rheinlandpolitik zu machen sei.
Wenn Abg. Reichel ein präzisierendes deutsches Angebot etwa in Höhe des englischen Vorschlags wünscht, so wäre ich nicht damit einverstanden. Ein Angebot ist die bestimmteste Form der Übernahme einer Verpflichtung. Es wäre sehr gefährlich, wenn ein solches Angebot aber zur Grundbedingung einer Internationalisierung und Sanktion gemacht würde. Die Regierung hat die Pflicht, im Rahmen des Erfüllbaren ihre Vorschläge zu machen, wobei beifällig sein mag, ob im jetzigen Augenblick bestimmte Zahlen zu nennen sind. Wir wollen jedenfalls die Verhandlung. Wir wollen über die Vollständigkeit hinaus aus Überlegenheit kommen, zu einem Widerstand, der diesen Namen nicht nur trägt, sondern wirklich verdient. (Beifall im Zentrum).

Abg. Dr. Reichel (Soz.): Die Rede des Ministers hat die Lage eine Versärfung erfahren. Wir danken den meinen Freunden, die Deutschland in der Welt hat, besonders dem Papst für seine warme Anteilnahme an dem Schicksal der Ruhrbevölkerung. Ein Vertreter der weitaus größten Partei im besetzten Gebiet müßte aus Erklärungen über die Meinungen gegen das Wort von der Neutralisierung der Rheinlande ein unüberwindliches Vertrauen haben. Wir kennen nämlich die Vorgeschichte dieser Bestrebungen. Frankreich hat kurz vor der russischen Revolution mit dem Jaren vereinbart, daß im Falle des Krieges die Rheinlande an Frankreich fallen sollen. Dieses Ziel ist bei den Vorbereitungen des Berliner Vertrages unendlich weiter verfolgt worden. Später hat man die französische Bevölkerung systematisch über die wahre Stimmung der rheinischen Bevölkerung getäuscht. Männer wie Dorn und Emeis sind nicht Vertreter dieser Stimmung. Reueingicht scheint man auch in Paris eingeschlossen zu haben, daß mit diesen traurigen Figuren keine Rheinlandpolitik zu machen sei.
Wenn Abg. Reichel ein präzisierendes deutsches Angebot etwa in Höhe des englischen Vorschlags wünscht, so wäre ich nicht damit einverstanden. Ein Angebot ist die bestimmteste Form der Übernahme einer Verpflichtung. Es wäre sehr gefährlich, wenn ein solches Angebot aber zur Grundbedingung einer Internationalisierung und Sanktion gemacht würde. Die Regierung hat die Pflicht, im Rahmen des Erfüllbaren ihre Vorschläge zu machen, wobei beifällig sein mag, ob im jetzigen Augenblick bestimmte Zahlen zu nennen sind. Wir wollen jedenfalls die Verhandlung. Wir wollen über die Vollständigkeit hinaus aus Überlegenheit kommen, zu einem Widerstand, der diesen Namen nicht nur trägt, sondern wirklich verdient. (Beifall im Zentrum).

Abg. Dr. Reichel (Soz.): Die Rede des Ministers hat die Lage eine Versärfung erfahren. Wir danken den meinen Freunden, die Deutschland in der Welt hat, besonders dem Papst für seine warme Anteilnahme an dem Schicksal der Ruhrbevölkerung. Ein Vertreter der weitaus größten Partei im besetzten Gebiet müßte aus Erklärungen über die Meinungen gegen das Wort von der Neutralisierung der Rheinlande ein unüberwindliches Vertrauen haben. Wir kennen nämlich die Vorgeschichte dieser Bestrebungen. Frankreich hat kurz vor der russischen Revolution mit dem Jaren vereinbart, daß im Falle des Krieges die Rheinlande an Frankreich fallen sollen. Dieses Ziel ist bei den Vorbereitungen des Berliner Vertrages unendlich weiter verfolgt worden. Später hat man die französische Bevölkerung systematisch über die wahre Stimmung der rheinischen Bevölkerung getäuscht. Männer wie Dorn und Emeis sind nicht Vertreter dieser Stimmung. Reueingicht scheint man auch in Paris eingeschlossen zu haben, daß mit diesen traurigen Figuren keine Rheinlandpolitik zu machen sei.
Wenn Abg. Reichel ein präzisierendes deutsches Angebot etwa in Höhe des englischen Vorschlags wünscht, so wäre ich nicht damit einverstanden. Ein Angebot ist die bestimmteste Form der Übernahme einer Verpflichtung. Es wäre sehr gefährlich, wenn ein solches Angebot aber zur Grundbedingung einer Internationalisierung und Sanktion gemacht würde. Die Regierung hat die Pflicht, im Rahmen des Erfüllbaren ihre Vorschläge zu machen, wobei beifällig sein mag, ob im jetzigen Augenblick bestimmte Zahlen zu nennen sind. Wir wollen jedenfalls die Verhandlung. Wir wollen über die Vollständigkeit hinaus aus Überlegenheit kommen, zu einem Widerstand, der diesen Namen nicht nur trägt, sondern wirklich verdient. (Beifall im Zentrum).

Abg. Dr. Reichel (Soz.): Die Rede des Ministers hat die Lage eine Versärfung erfahren. Wir danken den meinen Freunden, die Deutschland in der Welt hat, besonders dem Papst für seine warme Anteilnahme an dem Schicksal der Ruhrbevölkerung. Ein Vertreter der weitaus größten Partei im besetzten Gebiet müßte aus Erklärungen über die Meinungen gegen das Wort von der Neutralisierung der Rheinlande ein unüberwindliches Vertrauen haben. Wir kennen nämlich die Vorgeschichte dieser Bestrebungen. Frankreich hat kurz vor der russischen Revolution mit dem Jaren vereinbart, daß im Falle des Krieges die Rheinlande an Frankreich fallen sollen. Dieses Ziel ist bei den Vorbereitungen des Berliner Vertrages unendlich weiter verfolgt worden. Später hat man die französische Bevölkerung systematisch über die wahre Stimmung der rheinischen Bevölkerung getäuscht. Männer wie Dorn und Emeis sind nicht Vertreter dieser Stimmung. Reueingicht scheint man auch in Paris eingeschlossen zu haben, daß mit diesen traurigen Figuren keine Rheinlandpolitik zu machen sei.
Wenn Abg. Reichel ein präzisierendes deutsches Angebot etwa in Höhe des englischen Vorschlags wünscht, so wäre ich nicht damit einverstanden. Ein Angebot ist die bestimmteste Form der Übernahme einer Verpflichtung. Es wäre sehr gefährlich, wenn ein solches Angebot aber zur Grundbedingung einer Internationalisierung und Sanktion gemacht würde. Die Regierung hat die Pflicht, im Rahmen des Erfüllbaren ihre Vorschläge zu machen, wobei beifällig sein mag, ob im jetzigen Augenblick bestimmte Zahlen zu nennen sind. Wir wollen jedenfalls die Verhandlung. Wir wollen über die Vollständigkeit hinaus aus Überlegenheit kommen, zu einem Widerstand, der diesen Namen nicht nur trägt, sondern wirklich verdient. (Beifall im Zentrum).

Abg. Dr. Reichel (Soz.): Die Rede des Ministers hat die Lage eine Versärfung erfahren. Wir danken den meinen Freunden, die Deutschland in der Welt hat, besonders dem Papst für seine warme Anteilnahme an dem Schicksal der Ruhrbevölkerung. Ein Vertreter der weitaus größten Partei im besetzten Gebiet müßte aus Erklärungen über die Meinungen gegen das Wort von der Neutralisierung der Rheinlande ein unüberwindliches Vertrauen haben. Wir kennen nämlich die Vorgeschichte dieser Bestrebungen. Frankreich hat kurz vor der russischen Revolution mit dem Jaren vereinbart, daß im Falle des Krieges die Rheinlande an Frankreich fallen sollen. Dieses Ziel ist bei den Vorbereitungen des Berliner Vertrages unendlich weiter verfolgt worden. Später hat man die französische Bevölkerung systematisch über die wahre Stimmung der rheinischen Bevölkerung getäuscht. Männer wie Dorn und Emeis sind nicht Vertreter dieser Stimmung. Reueingicht scheint man auch in Paris eingeschlossen zu haben, daß mit diesen traurigen Figuren keine Rheinlandpolitik zu machen sei.
Wenn Abg. Reichel ein präzisierendes deutsches Angebot etwa in Höhe des englischen Vorschlags wünscht, so wäre ich nicht damit einverstanden. Ein Angebot ist die bestimmteste Form der Übernahme einer Verpflichtung. Es wäre sehr gefährlich, wenn ein solches Angebot aber zur Grundbedingung einer Internationalisierung und Sanktion gemacht würde. Die Regierung hat die Pflicht, im Rahmen des Erfüllbaren ihre Vorschläge zu machen, wobei beifällig sein mag, ob im jetzigen Augenblick bestimmte Zahlen zu nennen sind. Wir wollen jedenfalls die Verhandlung. Wir wollen über die Vollständigkeit hinaus aus Überlegenheit kommen, zu einem Widerstand, der diesen Namen nicht nur trägt, sondern wirklich verdient. (Beifall im Zentrum).

Dollar amt. 24937,50 G.

Der Haushalt des preussischen Wohlfahrtsministeriums

Der Preussische Lanstag setzte heute die Eingekerkerte des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums in den bauenden Ausgaben für Wohnungs- und Siedlungsarbeiten fort.
Abg. Osterfeld (Soz.) forderte unter Hinweis auf die steigende Zahl der Bauunfälle und besonders auf das große Bauunglück am Anhalter Bahnhof und auf den Siedlungsarbeiten auf dem Hofplatz in Berlin Erweiterung und Verstärkung der Bauarbeiten, sowie stärkere Aufsicht durch Bauaufsichtoren und Bauaufsichtoren. Abg. Winter fand es höchst bedauerlich, daß die Bauarbeiten bei heftigen Winterarbeiten noch immer unbesetzt gelassen hat.

